

## Explosion verfehlter Prämienpolitik

Die Schreckensperspektive von Prämienerrhöhungen von über 10 Prozent im Jahr 2010 war Anlass für den Gesundheitstreffen in Bern. Mit dem runden Tisch hat Gesundheitsminister Pascal Couchepin endlich sämtliche wichtigen Akteure des Gesundheitssystems zusammengeführt, um dringliche Sparmassnahmen zu suchen. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen seit Jahren stetig, fast ungebremst, möchte man sagen. Das durchschnittliche Jahreswachstum belief sich zwischen 1998 und 2007 auf 4,4 Prozent. Auch im vergangenen Jahr betrug es fast 4 Prozent. Damit liegt das Kostenwachstum seit Jahren deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung. Inzwischen belaufen sich die Gesamtkosten auf jährlich 55 Milliarden Franken. Sicherlich hat sich Bundesrat Couchepin bisher um Kostensenkungen bemüht. Bei den Medikamentenpreisen hat er auch einiges erreicht, obwohl auch hier noch mehr getan werden muss. Darüber hinaus sind aber weitere echte Einsparungen dringend erforderlich. Doch nichts, fast nichts geschah. Dafür verantwortlich sind nicht zuletzt die Akteure des Systems, die sich gegenseitig blockieren, und das Parlament, in welchem die unterschiedlichen Interessen aufeinander treffen.

Doch weshalb genau jetzt diese Eile? Weshalb plötzlich die Gefahr von Prämiensteigerungen von über 10 Prozent?

Explodiert sind nicht eigentlich die Kosten, explodiert ist die Prämienpolitik von Bundesrat Couchepin. Denn der Anstieg der Krankenkassenprämien lag in den letzten Jahren deutlich unter dem Kostenwachstum. Bundesrat Couchepin hielt sie tief, ohne dass aber genügend wirksame Massnahmen auf der Kostenseite griffen. 2008 erhöhten sich die Prämien im Schnitt um bloss 0,5 Prozent und 2009 nur um 2,6 Prozent. Der moderate Anstieg der letzten Jahre spiegelt nicht die ganze Wahrheit. Er war allein dank einer Politik des Reservenabbaus bei den Krankenversicherern möglich.

Warnungen, dass das tatsächliche Kostenwachstum mit aller Wucht auf die Prämien durchschlagen werde, sobald die Reservepolster einmal abgebaut wären, schlug das Bundesamt für Gesundheit im letzten Herbst in den Wind. Es zeigte sich gegenüber dieser Zeitung überzeugt, dass sich mit einem gut koordinierten Abbau und einem mit Versicherern und Kantonen gemeinsam geplanten Vorgehen Sprünge oder ein Hochschnellen der Prämien vermeiden lassen. Genau dies droht nun aber schon für das nächste Jahr. Grund dafür ist nicht eine unerwartete Explosion der Gesundheitskosten, sondern die Prämienpolitik. Diese sah den Gegebenheiten nicht ins Auge, sie war blind für die Kostenwahrheit.

Somit konnten sich auch die eidgenössischen Räte erlauben, die von Bundesrat Couchepin bereits vor Jahren ans Parlament überwiesenen Reformen – zu ihnen gehörte neben der Einführung von Managed-Care-Modellen auch die Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringern und Versicherern – vor sich herzuschieben. Allzu oft fanden zudem lediglich Kostenverschiebungen statt: von den Kantonen auf die Versicherer, von den Versicherern durch Erhöhungen von Franchise und Selbstbehalt auf die Patienten. Ebenso wurden für höhere Franchises Rabatte gewährt, die gesunde Versicherte dankbar ausnutzten. Wurden sie aber krank, reduzierten sie diese wieder. Nun muss damit Schluss sein, jetzt ist fertig mit Scheineinsparungen. Jetzt müssen echte Einsparungen folgen, namentlich bei der ambulanten Spitalversorgung und durch integrierte Versorgungsnetze.

cs.

## INHALT

### Kein Blankocheck für die Agrarreform

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben stellt sich gegen flankierende Massnahmen der Agrarreform in Form einer «Bilanzreserve». 16

### Herber Rückschlag für Publica-Kasse

Die Bundespensionskasse Publica hat 2008 einen Substanzverlust erlitten. Die leichte Unterdeckung belässt aber noch Spielraum. 17

### Strompreise werden zum Gerichtsfall

Die Betreibergesellschaft Swissgrid führt eine Beschwerde gegen den Tarifentscheid der Eidgenössischen Elektrizitätskommission. 17

## Couchepin will die Kosten dringlich dämpfen

Ideen-Potpourri an rundem Tisch zum Gesundheitswesen

Gesundheitsminister Couchepin will eine Behandlungsgebühr einführen, Tarife senken und mehr Geld für die Prämienverbilligung zur Verfügung stellen. Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen soll mit dringlichen Gesetzes- und Verordnungsänderungen gebremst werden.

wab. Bern, 21. April

Im Vorfeld des «Gesundheitstreffens», zu dem sich am Dienstag Vertreter der kantonalen Gesundheitsdirektoren, der Krankenkassen, der Spitäler, des Ärzterverbands und des Bundes trafen, waren von einzelnen Akteuren in Interviews hohe Erwartungen geweckt worden. Die für das nächste Jahr prognostizierte Explosion der Krankenkassenprämien um 10 bis 14 Prozent solle massgeblich gedämpft werden. Die Information nach dem zweistündigen Treffen war dann bescheidener; sie beschränkte sich auf ein knappes Communiqué des Departements von Gesundheitsminister Pascal Couchepin.

### Gebühr gegen unnötige Arztbesuche

Demnach zweifelten zwar einzelne Teilnehmer die vom Bundesamt für Gesundheit für nächstes Jahr erwartete Kostensteigerung um 4,5 Prozent an. Einig war man sich aber, dass die Entwicklung der Kosten und Prämien – erst recht in der momentanen Wirtschaftslage – Gegenmassnahmen erfordert. Pascal Couchepin stellte in Aussicht, dem Bundesrat bereits im Mai ein Paket mit Gesetzesänderungen zu beantragen. Sie sollen vom Parlament im September dringlich (National- und Ständerat parallel) beraten und Anfang nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden.

Vorgeschlagen wird namentlich die Einführung einer Behandlungsgebühr von 30 Franken für jede Konsultation bei einem Arzt oder in einem Spitalambulatorium. Ausgenommen wären Konsultationen für Kinder, bei Mutterschaft oder zur Teilnahme an kantonalen Impfprogrammen. Für die ersten sechs Konsultationen im Jahr käme die Gebühr von insgesamt 180 Franken zur ordentlichen Kostenbeteiligung hinzu. Im Gegenzug soll der maximale Selbstbehalt von 700 auf 600 Franken gesenkt werden. Ziel der Massnahme ist eine Verminderung unnötiger Arztbesuche, ohne dass Kosten in sozial unverträglichem Aus-



Gesundheitsminister Pascal Couchepin und BAG-Direktor Thomas Zeltner luden zum runden Tisch nach Bern, um Massnahmen gegen die wachsenden Gesundheitskosten zu finden. MANU FRIEDERICH / EQ

mass auf die Versicherten überwälzt würden. Mit zwei weiteren Gesetzesänderungen soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, bei überdurchschnittlicher Kostensteigerung einzelne Tarife von Leistungserbringern, namentlich die Tarmed-Steuerpunkte-Werte im ambulanten Bereich, zu senken. Zudem sollen die Kantone zur Regelung der Tätigkeit von Spitalambulatorien über Leistungsaufträge verpflichtet werden, um das Angebot besser zu steuern und das überdurchschnittliche Kostenwachstum in diesem Bereich (über 10 Prozent im letzten Jahr) zu bremsen.

### Mehr Geld zur Prämienverbilligung

Couchepin möchte ferner die Bundesbeiträge für die individuelle Prämienverbilligung im Rahmen des dritten Konjunkturpaketes, über das der Bundesrat wahrscheinlich im Juni entscheidet, aufstocken. Couchepins Sprecher Crevoisier wollte auf Anfrage noch keine genaue Zahl nennen; die Erhöhung würde aber «sicher eher bei etwa 200 Millionen als bei den von einzelnen Medien bereits genannten 2 Milliarden Franken» liegen. Keine Prognose wagte er auch zur Frage, wie stark sich

der weitere Prämienanstieg durch die beabsichtigten Massnahmen dämpfen liesse. Neben Gesetzesänderungen, über die das Parlament befindet, will Couchepin auch den Handlungsspielraum in eigener Kompetenz nutzen. So will er die Medikamentenkosten durch noch nicht genauer dargelegte Änderungen auf Verordnungsstufe drücken – Massnahmen, die dieses Jahr in Kraft treten sollen.

### Kein Konsens über Massnahmen

Andere Teilnehmer des Treffens bestätigten nach der Sitzung die Einigkeit im Ziel, nicht aber in den Massnahmen. Jacques de Haller, Präsident des Ärzterverbands FMH, lehnte die Praxisgebühr von 30 Franken ab, während der Krankenkassenverband Santésuisse den Vorschlag begrüßte. Skeptisch äusserte sich auch der Spitalverband H+. Pierre-Yves Maillard, Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektorenkonferenz, nannte als weitere mögliche Massnahme die Förderung von Managed-Care-Modellen. Entsprechende Vorschläge sind bis anhin im Parlament allerdings am fehlenden Konsens unter den Akteuren im Gesundheitswesen gescheitert.

## Noser will nicht mehr FDP-Vizepräsident sein

Differenzen mit Fulvio Pelli über die Strategie der Partei

Nationalrat Ruedi Noser scheidet aus der Leitung der FDP aus. Seine kreative Ungeduld ist nicht kompatibel mit dem Bestreben von Präsident Fulvio Pelli, die Partei in den Kernthemen zu profilieren.

rz. Die Nachricht, dass der Zürcher Nationalrat Ruedi Noser nach sechs Jahren als Vizepräsident der FDP Schweiz zurücktritt, kommt überraschend. Erst Ende Februar wurde er als Vizepräsident der mit den Liberalen fusionierten Freisinnig-Demokraten gewählt. Das von der Partei verbreitete Communiqué weist ebenfalls darauf hin, dass die Demission nicht sorgenfrei zustande gekommen ist. Noser habe in seiner sechsjährigen Amtszeit als Vizepräsident die rasche inhaltliche Erneuerung erreichen wollen. Mit der 2008 festgelegten parteiinternen Ausrichtung auf drei Kernthemen – Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke, schlanker Staat – sei aber nach Ansicht Nosers «die Erneuerung abgebremst» worden.

In der Märzsession verursachte Noser mit steuerpolitischen Forderungen, die mit der Par-

teilung nicht abgesprochen waren, parteiinterne Irritationen. Dass er die Steuerprivilegien für ausländische Holdings und die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer via Sonntagspresse eigenmächtig ins Visier nahm, stiess FDP-Präsident Fulvio Pelli, Fraktionschefin Gabi Huber und anderen Parteigrößen sauer auf. Interne Aussprachen wurden anberaumt. Noser krebste inhaltlich zerknirscht zurück.

Jetzt ist eine weitere Konsequenz dieser Turbulenzen, dass sich der Zürcher Nationalrat nicht mehr im Präsidium der fusionierten Partei «FDP. Die Liberalen» engagieren mag. Damit geht die Parteileitung des «Ideengenerators» verlustig: Der vielbeschäftigte Unternehmer Ruedi Noser lancierte nach den eidgenössischen Wahlen 2003 das Projekt «Avenir radical», das den Aufbruch zu neuen thematischen Ufern bringen sollte. Er ist die treibende Kraft hinter jenen Kreisen, die auf dem Areal des Militärflugplatzes Dübendorf einen Forschungscampus errichten wollen. Im eidgenössischen Wahlkampf 2007 versuchte er, seiner Partei unter dem Titel «Hop Sviz!» einen urbanistisch-weltoffenen Mantel umzuhängen. Ohne Er-

folg. – FDP-Präsident Fulvio Pelli erklärte auf Anfrage ohne Umschweife, dass zwischen ihm und Noser Differenzen über den Kurs der Partei bestehen. Der elektorale Misserfolg im Wahljahr 2007 habe klar gezeigt, dass die FDP wieder geschlossen und mit einem klareren Profil auftreten müsse. «Ruedi Noser ist ungeduldig», sagte Pelli. Wenn sich die wichtigsten Exponenten der Partei mit Alleingängen profilierten, sei der FDP nicht geholfen. Eine hartnäckige Profilierung in den 2008 definierten Kernthemen sei unabdingbar, wenn die FDP zum Erfolg zurückfinden wolle.

Noser selber weilt zurzeit in Pakistan. Er legt zwar das Vizepräsidium nieder, behält aber sein Nationalratsmandat und will sich künftig auf Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftsthemen konzentrieren. Die FDP wird laut Pelli versuchen, ein deutschschweizer Parteimitglied fürs Präsidium zu gewinnen, das schon in der Bundeshausfraktion politisiert. Neben Noser wird der deutschsprachige Landesteil vom Schwyzer FDP-Kantonalspräsidenten Vincenzo Pedrazzini repräsentiert. Weiter gehören dem Vizepräsidium Nationalrätin Isabelle Moret (Waadt) und Pierre Weiss (Genf) an.

## Calmy-Rey überraschend an Uno-Konferenz

Treffen Merz - Ahmadinejad verteidigt

Bundesrätin Calmy-Rey ist am Dienstag überraschend an der Uno-Konferenz gegen Rassismus in Genf erschienen. Sie begrüßte die vorzeitige Verabschiedung der Schlusserklärung. Auch verteidigte sie das Treffen von Bundespräsident Merz und dem iranischen Präsidenten.

mri. Genf, 21. April

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey ist am Dienstag überraschend an der Uno-Konferenz gegen Rassismus erschienen. Sie erklärte sich sehr zufrieden mit der einstimmigen und vorzeitigen Verabschiedung der Schlusserklärung der Konferenz, die noch bis Freitag dauert. «Wir sind ermutigt und glücklich, dass ein Text verabschiedet wurde», sagte sie. Die Erklärung erlaube es, Fortschritte gegen alle Formen von Rassismus zu machen, das sei ein Erfolg und ein Signal gegenüber den Opfern von Rassismus, betonte sie in einer Rede kurz nach Annahme des Dokuments. Die Schlusserklärung behandle die Formen der Rassendiskriminierung in ausgewogener Weise.

Es enthalte Prinzipien, die der Schweiz am Herzen lägen – etwa die Meinungsfreiheit und die Rechte der Frauen –, und es erinnere an den Holocaust und verurteile Sklaverei und Kolonialismus. Nach den «inakzeptablen Äusserungen vom Montag» sei das Dokument die passende Antwort und ein starkes Signal gegenüber Opfern von Rassendiskriminierung, sagte sie mit Blick auf die Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, in der dieser Israel und die westlichen Länder des Rassismus bezichtigt hatte.

Die Meinungsfreiheit sei ein Element der Grundfreiheiten, führte Calmy-Rey aus. Einschränkungen seien im Völkerrecht festgelegt. Die Schweiz verfüge über strafrechtliche Massnahmen, um Personen zu bestrafen, die öffentlich zu Hass oder Diskriminierung von Menschen aufgrund von Rasse, Ethnie oder Religion aufrufen.

Vor den Medien nahm sie auch Stellung zu den israelischen Vorwürfen gegen die Schweiz. Die Schweiz vertrete die amerikanischen Interessen in Iran, daher müsse sie in Kontakt stehen mit Teheran, erläuterte sie das Treffen von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz mit Ahmadinejad

vom Sonntagabend. Die Schweiz sei ein Kommunikationskanal zwischen den USA und Iran. Calmy-Rey erklärte sich erstaunt über die Reaktion Israels und die Abberufung des israelischen Botschafters in der Schweiz. Israel sei im Voraus über das Treffen informiert worden, erläuterte sie. Auf die Frage, weshalb der Schweizer Botschafter während der Rede von Ahmadinejad den Saal nicht wie die Vertreter der EU-Länder verlassen habe, sagte sie, die Schweiz sei keine Anhängerin der leeren Stühle. Auf die Frage von Journalisten, weshalb sie nicht schon am Montag an der Konferenz teilnahm, antwortete sie, sie bestreite formell, dass die Schweiz es nicht wagt zu reden. Und eher treuherzig fügte sie bei, für sie habe die Konferenz erst am Dienstag begonnen.

Die Uno und mehrere Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) und die Internationale Föderation der Menschenrechtlichen (FIDH) hatten die westlichen Staaten wiederholt aufgerufen, an der Konferenz teilzunehmen und dem iranischen Präsidenten Paroli zu bieten, wie dies etwa der norwegische Aussenminister Jonas Gahr Store getan hatte.